

Anarcho-Syndikalismus international



Newsletter des ASN Köln, Nr. 17, Herbst 2021

+++ Gewerkschaftsinfos aus aller Welt +++

INTERNATIONAL: Aktionswoche gegen unbezahlte Löhne

BANGLADESCH: Unterstützung für Arbeiter*familien

SPANIEN: Unterstützung für Arbeitskampf bei CEX

SLOWAKEI: Klimastreik in Bratislava

FRANKREICH: Kritik am Gesundheitspass

CHILE: Rassistische Gewalt in Iquique

CHILE: Gedenken an Putsch und Staatsterror

+++ Lokale Berichte +++

KÖLN: Großdemo zum Klimastreik

KÖLN: Besuch bei GORILLAS

KÖLN: Tausende protestieren für Versammlungsfreiheit

INTERNATIONAL

Aktionswoche gegen unbezahlte Löhne

Folgender Aufruf erschien auf der WAS-Webseite:

„Die *Internationale Woche Gegen Unbezahlte Löhne* wurde 2019 von der *Internationalen ArbeiterInnen Assoziation (IAA)* ins Leben gerufen, um auf das Phänomen von nichtbezahlten Löhnen und Gehältern aufmerksam zu machen sowie Möglichkeiten aufzuzeigen, sich durch anarcho-syndikalistische Methoden dagegen zur wehr zu setzen. Heuer wird diese Veranstaltung vom 11.-17. Oktober [2021] stattfinden.

Deine Teilnahme dabei ist mehr als willkommen. Hast Du Erfahrung mit unbezahlten Löhnen? Würdest du dieses Thema gerne in deinem näheren Umfeld oder breiteren Öffentlichkeit verbreiten? Würdest Du Dich gerne bei Aktionen gegen die Ausbeutung von ArbeiterInnen beteiligen – nicht nur während einer Woche im Jahr und nicht nur in puncto unbezahlter Löhne? Melde dich bei uns – zusammen erreichen wir mehr!

Warum?

Wir leben in einer Gesellschaft, in der wir für Geld arbeiten gehen müssen, um zu überleben. Wir brauchen Geld für Essen, Wohnen, Bildung, aber auch für Kultur, Erholung,

CoV-19 SARS-2





... Freizeitaktivitäten usw. Wir haben es an sich schon oft schwer, alle unsere Ausgaben abzudecken, weshalb es drastische Auswirkungen auf uns und die Menschen, welche sich auf uns verlassen hat, wenn wir unseren Lohn bzw. Gehalt nicht ausbezahlt bekommen.

Nicht gezahlte Löhne sind ein weit verbreitetes Phänomen mit derart einschneidender Wirkung auf unsere Lebensweisen, dass die *Internationale ArbeiterInnen Assoziation* (IAA) beschlossen hat, jährlich die dritte Oktoberwoche als die „*Internationale Woche Gegen Unbezahlte Löhne*“ auszurufen. Gewerkschaften, welche der IAA angehören, engagieren sich während dieser Woche mit auf das Thema bezogenen bewusstseinsbildenden Maßnahmen, organisieren Protestaktionen vor Betrieben, welche Löhne nicht ausbezahlen und diskutieren gemeinsam, wie das Problem praktisch angegangen werden kann und muss.

Beispiele dafür lassen sich in folgendem Artikel wiederfinden, welcher über die *Internationale Woche Gegen Unbezahlte Löhne* letzten Jahres berichtet und diese analysiert (in engl.):

<https://iwa-ait.org/content/international-week-against-unpaid-wages-supp...>

Mehr Informationen darüber werden in der dritten Oktoberwoche präsentiert.

Wie wir kämpfen

Wir helfen uns gegenseitig, wir informieren, wir mobilisieren, wir protestieren. Durch kollektive Aktionen versuchen wir die Chefitäten dort zu treffen, wo ihre Profite und ihre Macht entstehen. Wir handeln in der Gruppe, als Einheit und zeigen ihnen, dass die Probleme, die sie zu verantworten haben, nicht einzelne Menschen betreffen, sondern eine größere Gemeinschaft angehen,

welche sich zusammengeschlossen hat und zusammen dagegen kämpft.

Wir organisieren direkte Aktionen, d.h. gemeinsame Proteste – „Streikposten“ vor Arbeitsplätzen, Blockaden, informieren über schädigende Geschäftspraxis, leiten diese an GeschäftspartnerInnen weiter, boykottieren Produkten und Dienstleistungen, schaffen internationale Solidaritätskampagnen oder suchen verantwortlichen Personen direkt in den Stätten ihrer Zuständigkeitsbereiche auf und vieles mehr.

Chefitäten wissen, dass sie leicht mit der Nichtbezahlung von Löhnen und Gehältern wegkommen (Probezeitgehälter, Überstundenzuschläge, Kompensationsleistungen etc. miteingeschlossen), insbesondere bei Arbeitsplätzen mit fragwürdigen (oder gar keinen) Verträgen und informellen mündlichen Vereinbarungen. Grundsätzlich gilt: wenn ArbeitnehmerInnen zusammenstehen, sich nicht einschüchtern lassen, sich nicht auf Gerichte verlassen, sondern auf ihre eigenen Fertigkeiten vertrauen und sich aktiv in den Konflikt einbringen, bestehen immer gute Chancen, seinen Lohn zurückbezahlt zu bekommen. Und wenn sie durch Gewerkschaften handeln, steigen nicht nur die Chancen dafür, den ihnen zuständigen Lohn zu erhalten, sondern die Bedingungen am Arbeitsplatz allgemein zu verbessern.

Wie du dich beteiligen kannst

Wenn Dein Chef Dir den Lohn schuldig bleibt und du handeln möchtest, kontaktiere uns Teile Deine Erfahrungen darüber, wie Du es geschafft hast Deinen schuldig geblieben Lohn zurück zu bekommen. Verteile Informationen zum Thema in Deiner Gegend (durch Sticker und Poster). Teile Posts zum Thema auf Social Media. Bringe dich generell ein in Kämpfen gegen die Ausbeutung von ArbeiterInnen

Der anarchosyndikalistische Ansatz

Während wir die die Taktik der direkten Aktion als effektives Werkzeug schätzen, um die Auszahlung von geschuldeten Löhnen zu erreichen, müssen wir einsehen, dass auch wenn wir alle diese Gelder zurückgewonnen haben, wir das Phänomen der Ausbeutung so nicht stoppen können. Das kapitalistische System ist naturgemäß so angelegt, dass es immer stets den Chefitäten in die Hände spielt und es ihnen erlaubt, faule

Tricks an uns auszuprobieren. Wir fordern daher keine „faire“ Bezahlung. Das eigentliche Problem liegt am Lohnsystem selbst, welches unsere Arbeitskraft dazu nutzt, sich selbst zu bereichern – auf Kosten der gesamten Gesellschaft. Wir denken auch nicht, dass direkte Aktionen allein dem Selbstzweck dienen. Tatsächlich wichtig ist, dass diese gemeinschaftlich organisiert sind, ermöglichen, Entscheidungen zu fassen, Erfahrungen zu teilen und eine Kultur von gegenseitiger Hilfe entstehen lassen.

Das Ziel der Gewerkschaften, welche in der IAA vereinigt sind, ist letzten Endes nicht, lediglich kurzfristige materielle Siege zu bewirken. Wir sind uns dessen bewusst, dass der tagtägliche Kampf gegen unbezahlte Löhne nur eine Reaktion auf das unmittelbare Problem darstellen kann. Als Verteidigungsmaßnahmen zu verstehen, gelten sie als Teil eines breiteren, langfristigen Bemühens um fundamentale Veränderungen in unserer Gesellschaft.

Wir wollen eine Welt, in der die Bedürfnisse der Menschen von oberster Bedeutung sind. Ohne Kapitalismus und seiner Produktion zum Zweck des Profits, welcher uns an den Rand einer ökologischen Katastrophe gebracht hat. Ohne Hierarchien in sämtlichen Bereichen des sozialen Zusammenlebens, welche uns spalten und Brutstätten für Ungleichheit und Unterdrückung sind. Und ohne den Staat als Beschützer des kapitalistischen Systems und Bewahrer der Macht über unsere Gesellschaft. Wir brauchen nichts von alledem, um ein glückliches Leben zu führen und uns zu entfalten.

Deswegen organisieren und verbünden wir uns mit ArbeiterInnen aus aller Welt. Sollte unser Ansatz, unsere Haltung Dich nun erreicht haben, setze dich mit uns in Verbindung. Um mehr über die IAA zu erfahren, besuche www.iwa-ait.org.“

Quelle: <https://wiensyndikat.wordpress.com>

Siehe auch:

„Gemeinsam gegen nicht-gezahlte Löhne“

<https://asnkoeln.wordpress.com/2020/10/11/gemeinsam-gegen-nicht-gezahlte-lohne/> (ASN Köln, 2010)

BANGLADESCH

Solidarische Unterstützung für Arbeiter*familien

*Das Wiener Arbeiter*innen-Syndikat (WAS-IAA) berichtet über eine internationale Spendenaktion:*

„Die GenossInnen der Bangladesh Anarchosyndicalist Federation berichten von ihren aktuellen Aktivitäten. Die BASF die seit einigen Jahren im Nordosten von Bangladesch aktiv ist und in der sich momentan über 3600 ArbeiterInnen in 52 Syndikaten organisieren, hat in den letzten Wochen viele der bitterarmen ArbeiterInnen finanziell unterstützten können.

Rund 150 Familien haben Geld von der BASF erhalten. In erster Linie ging es um jene, die von Covid extrem hart getroffen wurden, darunter jene 8 Familien unserer GenossInnen die Todesopfer durch Covid-19 zu beklagen haben.

Der letzte Genosse der verstorben ist war am 13. September der 38-jährige Sujit, der sein Leben lang, seit seiner Kindheit, auf den Teeplantagen in der Region Sylhet gearbeitet hat und seine Partnerin, und drei Kinder hinterlässt. Die anarchosyndikalistische Gewerkschaft vor Ort bemüht sich den Familien gerade in so schweren Zeiten beizustehen.

Weiters berichtet die BASF von Kämpfen um den Mindestlohn von derzeit 1,19 Euro täglich auf mindestens 300 Taka (2.97 Euro) anzuheben. Zwar gab es schon eine Erhöhung, die durchgesetzt wurde, und mit an die 20% gar nicht so gering ausgefallen ist, aber die momentanen 120 Taka sind auch für die Verhältnisse in Bangladesch noch extrem gering. Die AnarchosyndikalistInnen vor Ort sind zu großen Teilen auf den lokalen Teeplantagen beschäftigt, und viele von Ihnen auch AnalphabetInnen.

Das WAS hat trotz der laufenden Kampagne zu Pakistan/Afghanistan Mitte August ein paar hundert Euro nach Bangladesch schicken können. Die Gelder wurden von Mitgliedern intern aufgestellt, und auch einige weitere, mit uns in der Internationalen Arbeiter*innen-Assoziation (IAA) föderierte Gewerkschaften, wie die Australische ASF oder die Schwedische OLS, haben sich finanziell beteiligt.

Schließen möchten wir mit Worten der BASF selbst:

Die BASF ist überzeugt, daß der Kapitalismus und der Imperialismus der Hauptgrund unserer Probleme, beispielsweise Gesundheits-, soziale und politisch-kulturelle Probleme usw. ist. Was die gesamte Menschheit verschlang. Ohne Anarchosyndikalismus werden die Menschen nicht frei sein.

Internationales Sekretariat WAS

Quelle: <https://wiensyndikat.wordpress.com/>

Kontakt zur BASF-IAA: <https://bangladeshasf.com/>

SPANIEN

Internationale Unterstützung für Arbeitskampf bei CEX

Der Elektronik-Händler CEX ist bereits seit einem Jahr im Konflikt mit der Basisgewerkschaft CNT-IAA in Barcelona. Die Arbeiter*innen werfen dem Unternehmen vor, mit Mobbing und Schikane die Belegschaft unter Druck zu setzen, um die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Das regionale Management sei verantwortlich für eine mangelhafte Umsetzung von Arbeitsrechten, die willkürliche Stundenkürzung bei Älteren oder Kolleg*innen mit Kindern und das Fälschen von Betriebsratswahlen. Außerdem berichten Arbeiter*innen, dass sie unter einem Vorwand in angemietete Wohnungen gelockt wurden, wo sie zu den Gewerkschaftsaktivitäten im Betrieb ausgefragt wurden. Alle, die sich gegen dagegen zur Wehr setzten, wurden vom Management sogar mit Anklagen überhäuft.

Der Arbeitskampf in Barcelona wurde nun erneut in die Öffentlichkeit getragen durch eine Reihe von Kundgebungen in mehreren Städten Spaniens, darunter Albacete, Gijon, Granada und Madrid.

Auch andere Mitglieder der Internationalen Arbeiter*innen-Assoziation (IAA) haben mit Protestaktionen an örtlichen Niederlassungen des Konzerns ihre Solidarität ausgedrückt, beispielsweise in Australien (ASF) und Britannien (SolFed).

Sie unterstützen damit die Forderungen nach Absetzung der Personalleitung, Rücknahme aller Beschuldigungen und Anwendung des Tarifvertrags Metall samt Lohnerhöhung, sowie Beendigung der Kurzarbeit als Strafmaßnahme.

Kontakt: <https://twitter.com/BarcelonaAit/>

SLOWAKEI

Klimastreik in Bratislava

Die Basisgewerkschaft „Priama Akcia“ berichtet, dass am 22.10.2021 auch in mehreren slowakischen Städten ein Klimastreik stattgefunden hat.

Obwohl es sich bei dieser Aktionsform nicht um eine typische Arbeitsniederlegung handelt, hatten sich zahlreiche Studierende und Arbeiter*innen Zeit genommen, um tagsüber zu demonstrieren. Erneut nahmen auch die Mitglieder der Basisgewerkschaft „Direkte Aktion“ (PA-IAA) an dem Protest teil.

Die Redebeiträge der Organisator*innen des Protests in Bratislava waren unmissverständlich ernst gemeint: „Ändern wir das System, nicht das Klima“. Denn dieser Klimastreik wird im antikapitalistischen Sinn geführt und es wurde hervorgehoben, dass die verschiedenen Kämpfe miteinander verbunden sind. Der gut gelaunte Protestmarsch führte von Trommeln begleitet durch die Innenstadt und stieß bei den Passant*innen auf positive Rückmeldung.

Mehr Infos: <https://www.priamaakcia.sk/>

FRANKREICH

Kritik am Gesundheitspass

Folgender Artikel erschien im Magazin der CNT-IAA Toulouse (September 2021) unter dem Titel „Covid-19 und die Glücksbärchis“:

„Bereits seit einigen Wochen erleben wir eine Reihe von Demonstrationen in den Straßen der französischen Städte gegen das Projekt des Gesundheitspasses. Ohne

„Sesam-öffne-dich“ ist es heute nicht mehr möglich, auf der Terrasse eines Bistros einen Kaffee zu trinken, in einen bestimmten Supermarkt zu gehen, in ein Restaurant zu gehen, Sport zu treiben oder sich sogar in ein Krankenhaus zu begeben. Es ist klar, dass der Staat mit dieser skandalösen Maßnahme zwei Kategorien von Bürgern schafft, nämlich diejenigen, die geimpft sind (die Guten und die Gemeinschaftssinn haben), und diejenigen, die nicht geimpft sind. Geimpften (die Bösen, Mörder, egoistisch und zynisch). So ist die französische Gesellschaft in zwei Teile geteilt, wie in der Welt der Glücksbärgchis.¹

Man muss sehen, dass sie als Propagandamittel für den Impfstoff und den Gesundheitsausweis das Paket hineinlegen, man braucht nur die [Fernsehstation] BFM TV und Konsorten zu sehen, die nicht zögern, die Anti-Gesundheitspass-Demonstranten wie niederträchtige Verschwörer zu behandeln.

Mit dem „Verschwörungswahn“ haben sie dort einen super-praktischen Begriff für jeden gefunden, der ihre Meinung in Frage stellen könnte und der diese skandalöse soziale Kontrolle, die immerhin gesellschaftlicher Ausgrenzung gleichkommt, nicht als gesegnetes Ja-Sagen akzeptieren kann!

Denn Verschwörungstheorien gibt es ja tatsächlich, die überall im Netz wimmeln. Aber es gibt auch die wahren Verschwörungen, derer die Staaten sich selten rühmen. Wir müssen feststellen, dass diese Epidemie eine einmalige Gelegenheit für die Regierung und die Bourgeoisie war, uns mit Erpressung am Arbeitsplatz und mit mehr oder weniger ungerechtfertigten Entlassungen unter Druck zu setzen. Heute kann man entlassen werden, nur weil man nicht geimpft ist!

Es ist kein Zufall, dass ein Teil der französischen Bourgeoisie und insbesondere ein bestimmtes Unternehmertum, dessen Führer Pierre Gattaz [Präsident des Arbeitgeberverbands MEDEF] ist, in seliger Bewunderung für die kapitalistische Wirtschaft Chinas ist. Die Zeit des Kalten Krieges, in der der Westen scheinbar die «kommunistischen» Polizeiregime in Osteuropa und im Fernen Osten anzweifelte, ist weit entfernt. Dies beweist, dass die Opposition der «westlichen Demokratien» gegen totalitäre Regime in Wirklichkeit nur eine Scheinopposition ist.

In China und Südkorea sind die Technologie zur Gesichtserkennung im Gesundheitswesen und Kreditwesen, sowie das gesellschaftlich weit verbreitete Abhören, quasi Pflicht. In einem sozialen Netzwerk registriert zu sein ist quasi auch Pflicht. Sowie ist es zwingend nötig ein Hightech-Handy zu besitzen, da sonst die Polizei (sowohl in China als auch in Südkorea) auf jemand aufmerksam werden könnte. Es wäre also nicht erstaunlich, dass man sich angesichts der Bewunderung der tollen französischen Demokraten für China und Südkorea fragen könnte, was das eigentliche Ziel des „Gesundheitspass-Manövers“ ist. (Anm. d. Verf. : eine Verschwörung??).

Es wäre auch nicht verwunderlich, wenn das System des Gesundheitspasses darin bestünde, möglichst viele Menschen dazu zu bringen, sich impfen zu lassen, nur um die Volkswirtschaft zu retten und wieder anzukurbeln. Egal, ob der Impfstoff sich als unwirksam erweisen sollte, auch wenn es offiziell zum Polizeistaat kommen muss: Das Wichtigste für sie ist, die Wirtschaft wieder anzukurbeln.

Denn für diese Regierung sind die Menschen nur Arbeitskräfte, die zur Verfügung stehen müssen, um die Maschinerie der Wirtschaft zu bedienen. Und nicht, um Urlaub zu machen, sich krank zu melden oder arbeitslos zu sein. Mit dieser COVID-Epidemie machen sich [Präsident] Macron und seine Clique einen Spaß daraus, das ganze Land bis zu den Präsidentschaftswahlen [im April 2022] in Panik zu versetzen. Wenn das tatsächlich so ist, dann wäre das eine lausige Strategie...

Dieser autokratische Versuch von Macron und seinen Freunden ist immerhin etwas Einzigartiges im Leben französischer Politiker*innen. Auch wenn man davon ausgeht, dass die 5. Republik ein System ist, das auf einen anderen selbstzentrierten Autokraten wie [den konservativen Präsidenten] De Gaulle zugeschnitten wurde. Der Gesundheitsausweis ist nur eine weitere Möglichkeit, die Bevölkerung immer weiter kontrollieren zu können durch den zunehmenden Einsatz einer neuen Form der Denunziation durch Technologie.

So fragt der Kellner eines Cafés nach Ihrem Gesundheitspass, und wenn Sie keinen haben, können Sie nicht nur Ihren Kaffee vergessen, sondern der Kellner des Cafés wird tatsächlich genauso viel Macht haben, das Leben anderer zu kontrollieren und einzudringen, wie ein

Polizist. Um die in diesem Teil der Welt lebenden Proletarier zu spalten, sind dadurch alle Grundlagen für eine Diktatur vorhanden. Es besteht kein Zweifel, dass wir schon seit Jahrzehnten alle registriert, kontrolliert und verfolgt werden. Angesichts all unserer Mobiltelefone, Bankkarten, Krankenkassen-Karten und Internet-Einkäufen scheint die „individuelle Freiheit“ inzwischen etwas veraltet.

Dass diese „Freiheit“ in den Gesellschaften, in denen wir leben, nur relativ ist, und dass ein durch und durch demokratischer Staat einen politischen Aktivist festhalten kann, um ihn an der Demonstration zu hindern, kann objektiv als Willkür bezeichnet werden. Der Gesundheitspass entspricht einem noch größeren Willen zur Kontrolle, um jede Infragestellung des Systems zu verhindern, das von der „Verschwörungstheorie“ bis zum Gefängnis reicht. Die Todesstrafe droht in Bezug auf die Region Frankreich noch nicht. Uff, wir sind beruhigt!“

Quelle: Anarchosyndicalisme No. 173, Sept-Oct 2021 (CNT-AIT Toulouse), <https://cntaittoulouse.lautre.net>

Übersetzung: ASN Köln (<https://asnkoeln.wordpress.com>)

Anmerkung:

1) Kinder-Fernsehserie mit bunten Teddybären, die unterschiedlich Eigenschaften besitzen, welche durch verschiedene Farben und Erkennungszeichen dargestellt werden (https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Glücksbärchis)

CHILE

Rassistische Gewalt in Iquique

Die chilenische Gruppe „Solidaridad Obrera“ (SO-IAA) hat Ende September 2021 folgende Erklärung veröffentlicht:

Wieder einmal wird deutlich, wie der Staat zusammen mit jenen, die sich hinter dem verlogenen Patriotismus verstecken, die Hetze gegen Migrant*innen noch verstärken. [1] Wir müssen mit ansehen, dass angesichts der schweigenden Zustimmung der Sicherheitskräfte und der selbsternannten Friedensfreund*innen, Angriffe auf Familien mit Kindern stattgefunden haben. Dieser Terrormob hat gnadenlos jene Menschen angegriffen und verletzt, die bloß eine Möglichkeit suchen ein erträgliches Leben zu

finden und den diktatorischen Regierungen und Wirtschaftskrisen zu entkommen, unter denen sie in ihren Herkunftsländern leiden müssen.

Diese Art des politischen Terrors hat in den letzten Jahren stark zugenommen unter dem Schutz einer ultra-rechten Politik. Diese bezeichnet sich zwar selbst als liberal, aber verschleiert dadurch die tatsächlich vorhandene faschistische und konservative Ideologie.

Solche und viele ähnliche Gruppierungen verbreiten in verschiedenen Ländern eine Erzählung, nach sich hinter der Einwanderung kriminelle und unmoralische Persönlichkeiten, sowie Menschenhandel verbergen würden, welche unsere Gesellschaft zerstören wollten.

Wir rufen alle Arbeiter*innen als Ausgebeutete und Unterdrückte zur Solidarität mit den Migrant*innen und ihren Familien auf. Unterstützt deren rechtliche Anerkennungsprozesse als Geflüchtete und organisiert den Schutz der Eingewanderten vor den Neonazi-Horden.

Der Diskurs, dass Migrant*innen faul, kriminell oder Menschenhändler*innen seien, ist derselbe, wie er in der Region „Kleiner Süden“ von den einst aus Italien, Deutschland und Kroatien eingewanderten Herrschaften geführt wird. Es sind die gleichen Behauptungen: Die Mapuche seien faul, kriminell und jetzt sogar auch Menschenhändler*innen.

Schluss mit der Gewalt der Nazi-Horden, die sich unter verschiedenen patriotischen Identitäten als Liberale verkleidet haben! Als „Arbeiter*solidarität“ [Solidaridad Obrera] lehnen wir diese Beispiele für Fremdenhass und Rassismus in Nordchile ausdrücklich ab. Ebenso, dass diese Gruppen auch in Araucania den selben Hass gegen indigene Menschen verbreiten.

Schluss mit Fremdenfeindlichkeit und Rassismus! Schluss mit der Verzögerung des Anerkennungsprozesses für Migrant*innen! Die Regierung, welche die Venezolaner*innen während der Krise des Maduro-Regimes aufgerufen hatte nach Chile zu kommen, muss nun eine praktische Lösung für dieses humanitäre Problem finden.

Kein Mensch ist illegal!

„Solidaridad Obrera“ (<https://solidaridadobrera.cl>)

Quelle: <https://iwa-ait.org/>

Anmerkung:

1) Im Norden Chiles hatte die Polizei Ende September 2021 ein Lager von illegal eingewanderten Venezolaner*innen auf einem zentralen Platz in der Stadt Iquique geräumt. Im Anschluss hatten fremdenfeindliche Demonstrant*innen deren zurückgelassene Zelte und Hausrat öffentlich in Brand gesteckt, sowie eine sofortige Schließung der nationalen Grenzen gefordert.

CHILE

Gedenken an Putsch und Staatsterror

*Die Basisgewerkschaft „Solidaridad Obrera“ hat gemeinsam mit Anarchist*innen aus der Andenregion Bio Bío zum 48. Jahrestag des Militärputsches von General Pinochet (11.09.1973) eine Gedenkveranstaltung organisiert:*

„In diesem Jahr wird des traurigen Gedenkens des 11. September gedacht, der uns in die dunkle Nacht des Faschismus und des Staatsterrorismus stürzte. Noch heute sind die repressiven Spuren dieser Blutorgie in der Bevölkerung zu finden.

Dieses Jahr haben wir zusammen mit Mitgliedern der Anarchistischen Versammlung und einigen Einzelpersonen eine öffentliche Propagandaaktion in Gedenken der Genossin Claudia Lopez durchgeführt. Sie war 1998 in dem Dorf La Pincoya De Santiago ermordet worden, als sie an einem Protesttag gegen den 25. Jahrestag des Staatsstreichts teilnahm.

Heute gedenken wir mehr denn je an ihren Mut, ihren Kampf und ihren künstlerischen Ausdruck. In der Stadt Penco gab es einige Jahre lang ein Anarchistisches Soziales Zentrum, das nach Claudia Lopez benannt worden war, um an diese Kämpferin und Künstlerin zu erinnern.

Heute wollen wir also an sie erinnern und damit auch an die Tausenden von Menschen, die von der Staatsmacht im Dienste der Herrschenden, Unternehmer*innen und Politiker*innen ermordet und gefoltert wurden. Sie haben diesen Bestien Tür und Tor geöffnet, welche dann eine ganze Generation terrorisiert haben. Daher sagen wir heute, wie bereits 1998:

Weder die Kugeln, noch das Gefängnis werden den Kampf des Volkes besiegen! Genossin Claudia, du bist stets bei uns in dem tänzelnden Feuer unseres Kampfes.“

Quelle: <https://solidaridadobrero.cl/>

+++ Lokale Berichte +++

KÖLN

Großdemo zum Klimastreik

Am globalen Klimastreik-Aktionstag 24.09.2021, zu dem die Bewegung „Fridays For Future“ aufgerufen hatte, kamen auch in der Kölner Innenstadt mittags mehr als 10.000 Demonstrant*innen aller Altersstufen zusammen, um gegen die fortschreitende Zerstörung der Biosphäre zu protestieren. Von drei Auftaktkundgebungen aus trafen sie am Neumarkt zusammen und zogen am Heumarkt vorbei zur Bühne an der Deutzer Werft.

In rund 470 Städten und Ortschaften fanden bundesweit ebenfalls den ganzen Nachmittag über Streikkundgebungen statt, während viele der Teilnehmenden eigentlich in Schule, Uni oder Betrieb anwesend sein sollten. Doch gegen die fossile Industrie und den Ausstoß giftiger Treibhausgase, wie CO₂ und Methan, gehen immer wieder weltweit Menschen auf die Straßen. An solchen Aktionstagen gegen Erderwärmung und Artensterben, beteiligt sich die globale Klimabewegung mit etwa 7.500 Protestversammlungen auf allen Kontinenten.

Dass bereits heute in vielen ehemals kolonisierten Ländern des Südens die Menschen unter den lebensfeindlichen Umweltveränderungen leiden müssen, wird von der Bewegung für Klimagerechtigkeit immer wieder betont. Ebenso, dass sich Unterdrückungsformen, wie Rassismus und Frauen*feindlichkeit, mit der kapitalistischen Ausbeutung von Mensch und Natur stetig weiter verschärfen. Nur gemeinsam und gleichberechtigt können wir daher die fossile Produktionsweise verändern, welche von systematischer Staatsgewalt und Medienpropaganda gestützt wird.

#allefuersklima ist in diesem Sinne auch ein Aufruf, sich an allen Arbeitsplätzen, Lehrveranstaltungen und öffent-

lichen oder privaten Orten für eine lebenswerte Welt auf einem endlichen Planeten einzusetzen – ohne Naturzerstörung, Gesundheitsgefährdung und Ausbeutung.

Dafür kämpfen weltweit nicht nur Schüler*innen, Studierende, Rentner*innen und Fürsorge-Tätige, sondern auch gewerkschaftlich organisierte Arbeiter*innen und Erwerbslose. Denn wer könnte eine nachhaltige Wirtschaftsweise, die nicht an Profit und Macht, sondern an solidarischer Erfüllung der gesellschaftlichen Bedürfnisse orientiert ist, besser kollektiv organisieren, als die betroffenen Menschen selbst?

(<https://asnkoeln.wordpress.com/2021/09/24/kolner-grosdemo-zum-klimastreik/>)

KÖLN

Besuch bei GORILLAS

Im Zuge der internationalen „Aktionswoche gegen vorenthaltene Löhne“ haben wir heute (18.10.) das Auslieferungslager des Lebensmittel-Lieferdienstes GORILLAS in Köln-Sülz besucht und uns dort mit mehreren Arbeitern über die prekäre Lage im Gewerbe unterhalten. Auch haben wir unsere solidarische Unterstützung für die 350 entlassenen „wilden“ Streikenden des Gorillas Workers Collective in Berlin übermittelt.

Mit Flyern, Postern und Plakaten haben wir auch in der Nachbarschaft auf die gesundheitsgefährdenden und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in StartUp-Unternehmen und im Allgemeinen aufmerksam gemacht. Denn, dass den Fahrer*innen und Kommissionierer*innen ihre Löhne oder Sozialversicherungsbeiträge nicht richtig abgerechnet werden, kommt nicht nur bei Online-Plattformen tagtäglich vor, sondern ist auch im Baugewerbe, der Gastronomie oder in der Pflegebranche weit verbreitet.

Deshalb ist überall dort, wo Ausbeutung, Diskriminierung und Lohnraub allgegenwärtig ist, auch der Widerstand von Arbeiter*innen gegen diese neoliberalen Verhältnisse spürbar. Oft nur vereinzelt, aber gemeinsam und organisiert mit direkten Aktionen natürlich viel effektiver.

KÖLN

Tausende protestieren für Versammlungsfreiheit

Das landesweite Bündnis gegen die Verschärfung des NRW-Versammlungsgesetzes in NRW hatte erneut mit einer Vielzahl Organisationen zu einer Protestdemo aufgerufen. So versammelten sich am 30.10. Rechtsanwält*innen, Menschenrechtler*innen, antifaschistische, queer-feministische und klimabewegte Gruppen, verschiedene Fußballfans und autoritär-sozialistische Parteien in der Kölner Innenstadt.

Obwohl die Polizei mit rund zwei Dutzend Einsatzfahrzeugen und zeitweise engem Spalier die Demoblöcke bedrängte, wurde nur vereinzelt auf diese Provokation geantwortet. Nachdem einzelne Feuerwerke und Nebelkerzen gezündet wurden, kamen vermummte BFE-Einheiten hinzu, wodurch der Aufzug mehrmals gestoppt werden musste.

An der Deutzer Brücke zogen diese dann eine Person aus der Menge und verschleppten sie in eine Tiefgarage zur Personalienfeststellung. Mehrere Beobachter*innen hinzu und es kam zu keiner Festnahme. Später gab es noch einen medizinischen Notfall, jedoch unabhängig von der Demo, die in Kalk hinter der Polizeiwache endete.

Siehe: <https://www.nrw-versammlungsgesetz-stoppen.de/>

Linktipp:

PLOTTER - Terminkalender für Köln

<https://plotter.infoladen.de>

Anarchosyndikalistisches Netzwerk - ASN Köln

asn-koeln@riseup.net

<https://asnkoeln.wordpress.com>

<https://anarchosyndikalismus.blackblogs.org>

CreativeCommons: BY-NC

ViSdP: Rudolf Rocker, Heumarkt 68, 50128 Köln